



## Einmischung erwünscht

Von Jörg Radek, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bezirk Bundespolizei

**D**urch die Personalräte wurzelt die Gewerkschaft im Alltag der Menschen. Dies stellt keinen Widerspruch zum „Fürsorgegedanken“ dar. – Niemandem sollte es gleichgültig sein, ob er seine berufliche Arbeit nur erträgt oder als positiven Teil seines Lebens empfindet und mit Befriedigung gestaltet.

Die Möglichkeiten, selbst mitzuarbeiten, erweitert die Chancen, gestalterisch am eigenen dienstlichen Umfeld auch tatsächlich mitzuwirken. Und dabei dürfen wir uns immer ins Bewusstsein rufen, dass sich Recht nicht von alleine durchsetzt; wir alle sind letztendlich aufgerufen, diesen Rahmen auszugestalten. Und dieser Umstand macht den Wert demokratischer Strukturen wiederum deutlich: Die Mehrheit gestaltet. Somit hat jedes Einbringen seinen Sinn, auch wenn sich uns dieser auf den ersten Blick nicht erschließen mag – nichts ist umsonst.

Ohne Anspruch auf allumfassende Aufzählung sei ein Überblick zu Mitbestimmungstatbeständen gestattet, die von einer Versetzung oder Abordnung, dem Beginn und Ende täglicher Arbeitszeiten oder der Verteilung eben dieser Arbeitszeit auf die einzelnen Wochentage bis hin zur Aufstellung des Urlaubsplanes reichen. Betroffen sind nämlich diesbezüglich keine abstrakten oder theoretischen Fallgestaltungen, sondern einzelne Beschäftigte oder alle Kolleginnen und Kollegen in einer Dienststelle. Die Gestaltung von Arbeitsplätzen ist – neben der gerechten und nachvollziehbaren Bezahlung neben Arbeitszeitfragen – ein weiterer zentraler Punkt von Mitbestimmung. Hierbei kann sehr konkret gearbeitet und mitgestaltet werden. Die Teilnahme an einer Gemeinschaft, aber auch deren Teilhabe, entspricht der Wesensart

des Menschen. Und diesem Anspruch wird durch die Mitbestimmung Rechnung getragen, indem wir denjenigen eine Stimme zu verleihen, die sich eben – aus unterschiedlichen Gründen – nicht immer Gehör verschaffen können.

**Menschen brauchen Gemeinschaft: In ihr finden sie Bestätigung, Geborgenheit und Schutz.**

Die Selbstbestimmung am eigenen Arbeitsplatz und in der eigenen Dienststelle stellt ebenfalls einen oftmals unterschätzten demokratischen Wert dar. Jede Gesellschaft benötigt zu ihrer Organisation des Zusammenlebens eine Ordnung. Was für den Einzelnen gilt, gilt umso mehr auch für Gruppen. Die Arbeit von den Personalvertretungen ist kein Selbstzweck; sie ist auch mehr als schlichter Gesetzesvollzug. Aus dem polizeilichen Alltag wissen wir, dass Recht allein nichts nützt, wenn es nicht durchgesetzt wird. Und Gleiches gilt für die Mitbestimmung. Die Mitbestimmung als Gesetz allein reicht nicht aus.

Als ein Instrument für soziale Gerechtigkeit und Solidarität braucht es die Einmischung jedes Einzelnen. Es ist auch unzweifelhaft, dass ihre Arbeitsergebnisse der Gemeinschaft und dem Einzelnen dienen. Der Personalrat hat als Ausgleichsfaktor zwischen Individualinteressen und als Interessenvertretung gegenüber der Dienststelle bewiesen, dass er dieser Ordnungsfaktor ist. – Er ist also mehr als der „soziale Kitt“, der den Laden zusammenhält. Nutznießer können sowohl der Einzelne als auch die Dienststelle sein. Durch diese Interessenvertretung kann die Führungsarbeit der arbeitsrechtlichen und dienstrechtlichen Verantwortlichen ergänzt und stabilisiert werden. Beteiligungsrechte behindern nicht die Funktionsfähigkeit der Verwaltung. Vielmehr belegt die Verwaltungsrealität, dass eine



Foto: F. Radke

Selbstbindung der beiden Partner – Dienststelle und Personalrat – eintritt.

**Mitbestimmung ist eine Garantie für Kontinuität, Stabilität sowie Solidarität!**

Es ist gewerkschaftliche Aufgabe in den Personalvertretungen, sich mit der Allgemeinverträglichkeit von Einzelinteressen auseinanderzusetzen; soweit zur Einmischung des Einzelnen. Die Arbeit in den Personalräten – als Aufgabe und Anspruch einer Gewerkschaft – hat noch eine weitergehende Wirkung, denn: Mitbestimmung kontrolliert.

Der allgemeine Überwachungsauftrag der Personalräte und ihre demokratische Legitimation bilden die Pole für das immerwährende „Spannungsfeld“ zwischen Dienststellenleitung und Beschäftigtenvertretung. Hier spiegelt sich am deutlichsten Demokratieverständnis und Menschenbild wider. Es geht dabei nicht um den gewerkschaftlichen Einfluss auf einen hierarchischen Apparat. Es geht um die parlamentarische Steuerung dieser Apparate. Es ist kein allzu kühner Schluss, in den Kontrolltätigkeiten

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

der Personalräte ein taugliches Mittel für einen Bereich, der vom Parlament nicht oder nicht hinreichend kontrolliert wird, zur Verhütung von Machtmissbrauch zu sehen. Es besteht kein Zweifel daran, dass Verwaltungshandeln an Recht und Gesetz gebunden ist. Doch es gibt keine freiwillige Selbstkontrolle. Im Alltag kann es passieren, dass den Personalräten die Qualifikation für eine Kontrolle – und vor allem Rechtskontrolle – abgesprochen wird. Die Personalräte haben keine Aufgabe im Sinne der Dienst- und Fachaufsicht gegenüber der Dienststelle.

Ihre verwaltungsinterne Aufgabe besteht in der Feststellung, ob die Gesetze, die vom Parlament verabschiedet wurden, umgesetzt und eingehalten werden. Personalräte sind nicht nur ein dienststelleninternes Organ. Sie sind auch Teil einer parlamentarischen Kontrolle der Behörden. Dies drückt sich in dem allgemeinen Überwachungsauftrag aus.

**Die Mitbestimmung der Personalräte ist eine Ergänzung der parlamentarischen Kontrolle, ohne damit in die Organisationsgewalt des „Dienstherren“ einzugreifen.**

Eine Feststellung des Sozialphilosophen Karl R. Popper zeigt dieses

Erfordernis: „Ein wichtiger Punkt in jeder Theorie des demokratischen Staates ist das Problem der Bürokratie. Denn unsere Bürokratien sind ‚undemokratisch‘. Sie enthalten unzählige Westentaschendiktatoren, die praktisch nie für ihre Taten und Unterlassungen zur Verantwortung gezogen werden.“ Hier setzt die parlamentarische Kontrolle und Überwachung des Verwaltungshandelns ein. Sie stellt kein Misstrauen hinsichtlich der Beantwortung der Frage, ob das Handeln mit Recht und Ordnung vereinbar ist, dar. Es gehört schlicht und ergreifend zu den Spielregeln unserer Demokratie. Ganz im Sinne des Zitates von Willy Brandt:

**„Wir wollen mehr Demokratie wagen.“**



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: **Bezirk Bundespolizei**

**Geschäftsstelle:**  
Forststraße 3a,  
40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-0  
Telefax (02 11) 71 04-555

**Redaktion:**  
Dr. Hartmut Kühn (V.i.S.d.P.)  
Forststraße 3a,  
40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-0  
Telefax (02 11) 71 04-5 55  
Internet: [www.gdp-bundespolizei.de](http://www.gdp-bundespolizei.de)  
E-Mail: [info@gdp-bundespolizei.de](mailto:info@gdp-bundespolizei.de)  
Martin Schmitt  
Mobil (01 72) 8 99 05 23  
E-Mail: [schmitt-karlstein@freenet.de](mailto:schmitt-karlstein@freenet.de)

Die Redaktion behält sich vor, LeserInnenbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck und Verwertung, ganz oder teilweise – auch in elektronischen Medien – nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-ROM.

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37  
vom 1. Januar 2015  
Adressverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42–50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2836

**ENGAGEMENT****Großzügige  
Spende an die  
Bundespolizei-  
stiftung ...**

Am Freitag, dem 20. Februar 2015, durfte Martin Schilff (links) als stellvertretender Vorsitzender der Bundespolizeistiftung einen Spendenscheck in Höhe von 1000 Euro entgegennehmen. Unser Mitglied der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Rainer Stammberger (rechts) und Angehöriger des Referats 25 beim Bundespolizeipräsidium (BPOLP) am Dienort Koblenz, verbrachte ein Jahr als Sicherheitsbeamter bei der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Hanoi. Dieser Aufenthalt stellte für Rainer Stammberger sowohl aus dienstlicher als auch aus privater Sicht eine sehr wertvolle Erfahrung dar. Er habe dort unter anderem erfahren können, dass es Menschen mit wirklichen Problemen gibt. Diese versuchen stets das Beste daraus zu machen, anstatt tagtäglich nur zu jammern. Das habe ihn sehr beeindruckt und nachdenklich gestimmt. Aus Dankbarkeit, dass er diese Mission durchführen konnte, aber auch gesund



Foto: GdP

wieder zu Hause ankam, entschieden sich seine Frau und er für eine solche „Spende“, so Rainer Stammberger zu den caritativen Beweggründen.

Martin Schilff dankte Rainer Stammberger und seiner Frau ganz herzlich dafür und informierte die anwesenden Kolleginnen und Kollegen über den Zweck und die Zielsetzungen der Bundespolizeistiftung, in der Hoffnung, zukünftig noch weitere Spenden in vergleichbarer Höhe entgegennehmen zu können. Auch die Gewerkschaft der Polizei dankt auf diesem Weg unserem Kollegen Rainer Stammberger für seine Entscheidung zu dieser Spendung und damit an unverschuldet in Not geratene Kolleginnen und Kollegen.

**RB**

## NACHGEFRAGT

**Der Vorsitzende der JUNGEN GRUPPE der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bezirk Bundespolizei, Matthias Zimmermann (29), verstärkte als Angehöriger der Bundespolizeiabteilung Ratzburg die Bundespolizeidirektion Flughafen Frankfurt/Main als Abordnungskraft für drei Monate. Zu den Eindrücken seines Einsatzes an Deutschlands größtem Flughafen stand er Rede und Antwort.**

**DP:** Wie hast du deinen Einsatz empfunden?

**Matthias Zimmermann:** Über die gesetzlich zugewiesenen Aufgabenerfüllungen brauchen wir uns nicht zu unterhalten. Natürlich macht die Aufgabe Sinn und sie ist notwendig. Dennoch: Ein Hauptproblem bleibt, nämlich das der Personalgewinnung und des Umstandes, dass viele Kolleginnen und Kollegen in Frankfurt am Main ihren Dienst verrichten, die dies gerne an anderer Stelle in der Bundespolizei tätigen.

**DP:** Also plädiert du für die regionale Einstellung?

**Matthias Zimmermann:** Unbedingt. Denn nur, wer seinen Lebensmittelpunkt bereits in der Region verankert hat, wird sich als zufriedener Mitarbeiter verstehen. Das zeigt auch das Heer derer, die sich um die Dienststelle herum niedergelassen

haben oder gar aus der Nähe stammen.

**DP:** Waren die Rahmenbedingungen für dich o. k.?

**Matthias Zimmermann:** Im Großen und Ganzen: ja. Unsere Unterbringung in Bad Vilbel liegt jedoch zu weit vom Flughafen weg; wenn man Personal gewinnen will, welches sich auch einmal mit dem Lebensumfeld der Stadt näher bekannt machen sollte, dann ist Bad Vilbel als Standort ungeeignet, da man sich dort fast nur zum Schlafen aufhält.

Zu der Parkplatzmisere am Flughafen wurde ja schon vieles gesagt; eine solche Dienststelle hätte hier Besseres verdient. Aber ich weiß auch um die finanziellen Nöte.

Die Aufnahme durch die Stammbeamtinnen und -beamten ist freundlich und kollegial. Im Bereich der Vario-Dienste – und damit der Dienstverrichtung bei anderen Dienstgruppen – ist man natürlich nicht so integriert wie Stammbeschäftigte. Ich möchte diesbezüglich auch Überlegungen zu einer besseren Wohlfühlatmosphäre, insbesondere durch intensivere Ansprache im Positiven als Überlegungen ins Spiel bringen. Vieles stellt sich, ohne besserwisserisch daherzukommen, als sehr nüchtern und dienstbezogen dar.

**DP:** Dein Fazit?

**Matthias Zimmermann:** Ein in Bezug auf die Erfordernisse des Ausländerrechts für mich gewinnbringender Ein-



**Erlebte „zwischen“ den Jahren 2014/2015 den Dienstbetrieb am Frankfurter Flughafen: Matthias Zimmermann. Foto: GdP**

satz. Zur Personalnot sollte, wie bereits gesagt, ein Weg gefunden werden, um endlich für Schwerpunktdienststellen regionale Einstellungen zu ermöglichen. Ich würde mir auch wünschen, dass bei der Erfüllung unseres gesetzlichen Auftrags und dem wahrnehmbaren zunehmenden Druck des Flughafenbetreibers trotzdem der Mensch im Mittelpunkt steht und nicht nach Zahlen und Stärken entschieden wird. Das Realisieren einer angenehmeren Atmosphäre durch eine ordentliche Gestaltung der Aufenthaltsräume würde das Arbeiten an einer Schwerpunktdienststelle wie dem Frankfurter Flughafen ebenfalls annehmbarer gestalten.

**DP:** Wir danken dir für dieses Gespräch.

## VERABSCHIEDUNG

Ein neuer Lebensabschnitt beginnt für Lothar Wick (links) ... – Wenn der dienstliche Einsatz nach fast 41 Jahren zu Ende geht, handelt es sich nicht nur für den zukünftigen Ruheständler um einen neuen Lebensabschnitt. Ende Januar 2015 verabschiedete die Kreisgruppe (KG) Aachen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ihren stellvertretenden KG-Vorsitzenden sowie Vorsitzenden des örtlichen Personalrates der Bundespolizeiinspektion (BPOLI) Aachen feierlich in den Ruhestand. Sein dienstliches Leben war stets von einem Einsatz für seine Kolleginnen und Kollegen geprägt – auch nach Wiederaufnahme seines Dienstes nach einer schweren Erkrankung. Durch seine humorvollen, aber auch ernst gemeinten Forderungen gelang es Lothar Wick, die

Gewerkschaftsarbeit mit zu prägen und das Ziel der Vertretung der berechtigten Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen nie aus den Augen zu verlieren. Das Zeichen der Zeit frühzeitig erkannt, „umging“ er geschickt den Nichtraucherschutz, indem er – bis zum endgültigen Verbot – die E-Zigarette in der BPOLI Aachen einführte. Auch hier folgten ihm viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Vorsitzende der Aachener KG, Michael Schaffrath (rechts), überreichte dem Ruheständler und Strategen für seine bevorstehenden ruhigeren Tage ein Schachspiel. Die Figuren wurden eigens vom Kassierer der GdP-Kreisgruppe, Markus Wolf, angefertigt. Somit kann Lothar Wick auch zukünftig seine strategischen Züge weiterverfolgen. Die Kreisgrup-



**Foto: GdP**

pe Aachen dankt Lothar Wick für seine Leistungen und sein erbrachtes Engagement und freut sich, dass Lothar auch weiterhin unserer KG zur Verfügung stehen wird.

**MS**





# Warum ich noch in der GdP bin ...

Von Armin Hofschulte

**A**lles was ich nicht genau erklären kann, wird von meinem dreijährigen Enkel mit den einleitenden Worten „Opa, warum ...?“ hinterfragt. Als ein Großvater, der sich im 75. Lebensjahr befindet, der 60 Jahre lang in einer Gewerkschaft des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) organisiert ist, muss ich mich meinen ehemaligen Kolleginnen und Kollegen ebenfalls erklären: „Warum bist denn du immer noch in der GdP?“



**Geehrt, Ende Januar 2015, für 60 Jahre Gewerkschaftsmitgliedschaft durch den Vorsitzenden des Bezirks Bundespolizei der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Jörg Radek (links): Das Gründungsmitglied unseres GdP-Bezirks und der langjährige Vorsitzende des Hauptpersonalrates, Armin Hofschulte (rechts) Foto: GdP**

„Wir Pensionäre haben doch keinen Vorteil von einer Gewerkschaftsmitgliedschaft.“ – Hallo, kann ich da nur rufen! Unabhängig von der weiterbestehenden berufsbezogenen Rechtsschutzversicherung, die jedes GdP-Mitglied beanspruchen kann, gibt es noch einige materielle, aber vor allem auch ideelle Gründe, die mich meiner GdP lebenslang verpflichten. Ein ganz wichtiger Punkt ist die Wertschätzung dessen, was die DGB-Gewerkschaften für mich, für uns alle erreicht haben,

damit sich unsere Lebensverhältnisse von der Nachkriegszeit bis heute so verbessert haben, dass wir ein ordentliches „Seniorenendasein“ leben können. Habt ihr bereits vergessen: Die 52-Stunden-Woche, mickrige Löhne und Gehälter. Harte Auseinandersetzungen der Gewerkschaften mit den privaten und öffentlichen Arbeitgebern führten zu humanen Arbeitsbedingungen und gutem Einkommen. Wenn ich dann denke, wie wir aus dem paramilitärischen Bundesgrenzschutz (BGS), in dem 85% der Polizeibeamten dem „einfachen“ Dienst angehörten, über einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten eine Bundespolizei geformt haben, die heute in der europäischen Sicherheitskonzeption zu den besten Polizeien gehört. Wer hat das geschaffen? – Nicht die hochdekorierten und super bezahlten BGS-Generäle oder späteren Präsidenten. Zukunftsweisende Vorschläge wurden mit dem Hinweis abgetan: „Wir Führungskräfte haben nicht selbst zu denken, wir haben dem Primat der Politik zu dienen.“ (Zitat des BGS-Inspektors Fredi Hitz 1996 bei der Vorstellung des Leitbildes für den BGS in Swisttal-Heimerzheim). Wer hat also mit Kolleginnen und Kollegen den BGS und damit die spätere Bundespolizei zukunftsfähig gestaltet? – Das waren die DGB-Gewerkschaften ÖTV und ab 1976 die GdP.

Unendlich dankbar bin ich, dass es meine Gewerkschaften waren, die meine derzeitige Situation erstreikt und verbessert haben. Ja, ich selber durfte auch eine zeitlang mitgestalten. Ein „Schofel“ wäre ich, wenn mir das alles wegen einiger Euro Mitgliedsbeitrag egal wäre. Darüber hinaus: Beihilfe im Krankheitsfall ist für aktive Polizistinnen und Polizisten wegen der Heilfürsorge kein Thema; nach der Pensionierung wird es aber ein hochinteressantes. Gerade im Alter wird man mit Krankheiten und deren Kosten beinhart konfrontiert. Wenn dann beispielsweise eine Beihilfestelle aufgrund Umorganisation oder unfähigem Personal nicht mehr in der Lage ist, die berechtigten Ansprüche der Antragsteller zu berechnen und Kollegen mehrere Tausend Euro im Ausstand haben (Rezepte müssen bar und Arzt- oder Krankenhausrechnungen

innerhalb von vier Wochen bezahlt werden). Pensionäre wissen, was ein Krankenhausaufenthalt kostet, und da geht es ganz schnell an die finanzielle Substanz. Viele Monate lang herrschte bei meiner abrechnenden Bundesfinanzdirektion Südwest ein chaotischer Zustand. Beihilfeanträge von bis zu 10 000 Euro schmorten in Saarbrücken zehn Wochen lang, ehe diese zum Abschluss gebracht wurden.

Wer hat es nun erreicht, dass die Bearbeitungszeit auf zwei bis drei Wochen reduziert werden konnte? – Das war für uns die GdP. Viele Initiativen, aber maßgeblich angestoßen vom Vorsitzenden des GdP-Bezirks Bundespolizei hin zum Vorsitzenden des Bundespolizei-Hauptpersonalrates über Mitglieder aller Parteien des Innenausschusses des Deutschen Bundestages und des Bundesfinanzministers führten zu dem gewünschten Erfolg.

„Hei ja“, sagen nun die Kollegen, die während ihrer aktiven Dienstzeit die Ergebnisse der Arbeit der GdP-Kollegen genießen durften (z. B. durch Höhergruppierungen in allen Laufbahngruppen, Modernisierung der gesamten Organisation, Aufstiegsmöglichkeiten und vieles, vieles mehr ...), der imaginäre „Dienstherr“ hätte in der Beihilfesache alles zum Guten gerichtet. – Unsinn! Nur den geballten Initiativen unserer GdP ist es geschuldet, dass die Beihilfeverfahren nun zufrieden ablaufen. Noch ein Argument, weshalb ich meiner GdP die Treue halte: Die Lohnverhandlungen, auch für uns Pensionäre, werden von den DGB-Gewerkschaften geführt. Meine GdP setzt durch, dass die Abschlussergebnisse auch für die Beamtinnen und Beamten gelten. Nur danach können diese dann auf uns – die Ruhestandsbeamten – übertragen werden. Zum Abschluss noch ein ziemlich materielles Argument für die „Pfenningfuchser“: Als GdP-Mitglied haben meine Ehefrau und ich Anspruch auf eine Sterbebeihilfe von 410 Euro.

So sage ich meinem Enkel: „Wenn du älter bist, erkläre ich dir einmal, warum man mit Gemeinschaftsarbeit und Solidarität das Zusammenleben der Menschen positiv verändern kann.“



## VERABSCHIEDUNG

### Farvel (auf dänisch: „Auf Wiedersehen“) Manni und Kalle an der Akademie ...

Unsere Kollegen Manfred Schumacher und Karl-Heinz Behr gingen mit Ablauf des Monats Januar 2015 in ihren vorgezogenen Ruhestand. Sie machten – wie viele andere Kolleginnen und Kollegen auch – von der 63er-Rentenregelung Gebrauch. Manfred (Manni) Schumacher vertrat als Gesamtvertrauensperson behinderter Menschen mit Nachdruck sowie seinem gottgegebenen Charme die Rechte behinderter Beschäftigter in der Bundespolizei. Parallel arbeitete er auch im Vorstand der Kreis- und Direktionsgruppe Bundespolizeiakademie der Gewerkschaft der Polizei (GdP) mit und erfreute sich stets großer Beliebtheit.

Karl-Heinz (Kalle) Behr vom Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrum (AFZ) Walsrode war Mitglied des örtlichen Personalrates in Walsrode sowie des Gesamtpersonalrates (GPR) bei der Bundespolizeiakademie. Er trug darüber hinaus auch Verantwortung in der GdP-Kreisgruppe Walsrode und ist nicht nur dort als verlässliche „Institution“ bekannt.

„Sechs-Ämter-Kalle“, wie er von seinen Kollegen liebevoll gerufen wurde, war auch Präsident des Tanzclubs Walsrode sowie Mitglied im Schützenverein des Ortes.

Die Ruheständler luden die Kolleginnen und Kollegen des GPR, der GdP-Vorstände und der Leitung der Bundespolizeiakademie zu einem ausgelassenen Abend zu „ihrem“ Griechen in Lübeck ein. Der Präsident der Bundespolizeiakademie, Bernd Brämer, nutzte die Gelegenheit, um den Kollegen seine Wertschätzung auszusprechen und sich für ihre geleisteten Dienste zu bedanken.

Diesem Dank schlossen sich auch der ständige Vertreter des Präsidenten, Andreas Poddig, sowie der Leiter der Zentral- und Grundsatzabteilung der Bundespolizeiakademie, Michael Jäger, an. Der Vorsitzende der GdP-Direktionsgruppe Bundespolizeiakademie, Rüdiger Maas, machte in seiner Ansprache deutlich, dass die Doppeldeutigkeit des griechischen „kali nichta“ (u. a. umgangssprachlich für „bis demnächst“), nun tatsächlich auch ins Deutsche übersetzt einen Sinn erhält. Er dankte den Kollegen für ihre Arbeit an allen „Arbeitnehmerfronten“.

Beide waren ständige Begleiter auf Demonstrationen und Streikveranstaltungen der letzten Jahrzehnte. „Nie gab es von eurer Seite ein: ‚Ich kann nicht, hab' keine Zeit.‘ Ihr ward einfach immer dabei. Demonstrationen ohne Manni und Kalle sind für mich vorerst gar nicht vorstellbar“, so der Lübecker GdP-Vorsitzende. Zudem brachten sich beide beispielhaft mit ihrer sozialen und kollegialen

Art für die Rechte unserer Kolleginnen und Kollegen ein. „Wir verneigen uns vor euch und sagen: Danke für alles.

Bleibt gesund und lasst euch mal wieder sehen“, so Maas abschließend.



Bei der Verabschiedung mit dabei: Wolfgang Kubik als GdP-Seniorenvertreter, der anmerkte, dass niemand glauben sollte, dass es im Ruhestand auch ruhiger werde. Dies sei eine Täuschung. Unser Bild zeigt (v. l. n. r.): Wolfgang Kubik, Karl-Heinz Behr, Manfred Schumacher, Bernd Brämer sowie Rüdiger Maas. Foto: GdP

## KLARSTELLUNG

**In der neuen Dienstjubiläumsverordnung (DJubV) wurde in § 3 Abs. 5 DJubV nunmehr ein Verweis auf § 30 Bundesbesoldungsgesetz (BBesG) eingefügt.**

Hierzu erreichten uns vermehrt Fragen von Beschäftigten und Personalvertretungen, ob Beamtinnen und Beamten mit entsprechenden Vorverwendungen (also Grenztruppen, PKE) nunmehr – anders als in der bisherigen Praxis und Rechtslage – diese Zeiten nicht mehr als Jubiläumszeiten angerechnet würden.

Das Bundesministerium des Innern (BMI) teilte nun in Abstimmung mit den Abteilungsleitern D und Z mit, dass sich für diese Kolleginnen und Kollegen durch die Rechtsänderung faktisch gar nichts ändert, weil

die Festsetzungsbescheide nach altem (günstigeren) Recht bestandskräftig sind und nicht mehr aufgehoben werden können. Der von uns vertretene Personenkreis ist von der (negativen) Rechtsänderung, wie das BMI schreibt, „nicht betroffen“: „Bei der Festsetzung des Jubiläumsdienstalters (erfolgt i. d. R. bei Begründung des Beamtenverhältnisses) handelt es sich um einen Verwaltungsakt, der nur unter den Voraussetzungen der hierfür geltenden allgemeinen Regelungen aufgehoben werden kann. Die auf Grundlage des bis 23. 12. 2014 geltenden Rechts erlassenen Bescheide sind, soweit keine Rechtsmittel eingelegt wurden, inzwischen bestandskräftig und insoweit von der Rechtsänderung (§ 3 DJubV i. d. F. vom 18. 12. 2014) nicht betroffen.“

„DIE GdP. EINE FÜR ALLE.“

Gewerkschaft der Polizei



**KREISGRUPPE DUDERSTADT****Ende Januar 2015 fand die Mitgliederversammlung der Kreisgruppe (KG) Duderstadt der Gewerkschaft der Polizei (GdP) im Kasino der Dienststelle statt.**

Trotz einsatztaktisch geschuldeter Terminumstellungen konnte Dieter Wemheuer als KG-Vorsitzender zahlreiche Mitglieder sowie den Vorsitzenden der GdP-Direktionsgruppe Bundesbereitschaftspolizei, Heinz Selzner, willkommen heißen. In seinem Tätigkeitsbericht verwies er insbesondere auf die Themenbereiche:

Personalentwicklungskonzept, neue Beurteilungsrichtlinien und die Beteiligung der KG an der GdP-Demo „TatüTata – Nix mehr da“ Anfang November 2014 in Berlin sowie am Tag der Bundesbereitschaftspolizei (TdBBP) Anfang Juni 2014 in Duderstadt. Er dankte allen Kolleginnen und Kollegen, die sich im vergangenen Jahr aktiv in die Gewerkschaftsarbeit einbrachten; insbesondere Anika Milbrat und Diana Kulosa, die sich in die Vorbereitungen sowie die Durchführung der Cocktailbar und des Getränkeauschanks zum TdBBP im Speziellen einbrachten. Heinz

Selzner ergänzte mit Informationen bzw. Sachständen aus den überregionalen Gremien, zur Dienstpostenbewertung in der Bundesbereitschaftspolizei und zur eingeschränkten Gleitzeit bei den Einsatzhundertschaften. Nach Entlastung des KG-Vorstandes erfolgten Neuwahlen. Bis auf die Neuwahl der stellvertretenden Schriftführerin wurde der gesamte Vorstand einstimmig bestätigt. Dieter Wemheuer bleibt Vorsitzender, Guido Nörthemann und Ralf Seifert heißen seine Stellvertreter. Die Kasse wird durch Wolfgang Liese (in Vertretung: Rüdiger Held) geführt, Schriftführer ist Harald Dix (in Vertretung: Anika Milbrat).

Für 25-jährige Mitgliedschaft in der GdP konnten Ulrike Diederich, Marcel Zimmermann und Rüdiger Held geehrt werden, auf eine 40-jährige Mitgliedschaft kann Dieter Nienstedt zurückblicken. Ulrike Diederich war jahrelang Ersatzmitglied in den ehemaligen Bezirkspersonalräten des Grenzschutzkommandos Nord bzw. Grenzschutzpräsidiums Mitte und jahrelang Beisitzerin für Schwerbehindertenangelegenheiten in der KG. Dem Dank für ihre gewerkschaftliche Treue an die Geehrten schließen sich auf diesem Weg auch der GdP-Bezirksvorstand sowie das Redaktionsteam des Bezirksjournals ganz herzlich an.



Unsere Jubilare im Kreise von Vorstandsmitgliedern (v. l. n. r.): Marcel Zimmermann, Rüdiger Held, Heinz Selzner, Ulrike Diederich, Dieter Wemheuer sowie Dieter Nienstedt. Foto: GdP

**DW****DARÜBER DARF GESPROCHEN WERDEN ...****Gewerkschaft der Polizei (GdP) und Personalrat: gemeinsam stark für die Bundespolizei! – Die GdP vertritt nämlich die beruflichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der Beschäftigten in der Polizei.**

Wichtiges Standbein, um Verbesserungen für unsere Mitglieder durchzusetzen, stellen die Personalräte in unseren Dienststellen dar. Mit ihnen arbeitet die Gewerkschaft der Polizei vertrauensvoll und eng zusammen. Als mitgliederstärkste Gewerkschaft findet ihr GdP-Vertreterinnen und -Vertreter natürlich auch in allen Personalräten. In vielen Personalräten stellen wir die Mehrheit, z. B. im Bezirkspersonalrat (BPR) im Bundespolizeipräsidium oder im Bundespolizei-Hauptpersonalrat beim Bundesinnenministerium (BMI).

Hier hat die GdP die Wahlen 2012 mit einem beeindruckenden Ergebnis gewonnen. Wir haben dabei im Verhältnis zu unserem schon sehr guten Ergebnis im Jahr 2009 noch einmal 1000 Stimmen dazugewonnen und unsere Mehrheit sowohl im Hauptpersonalrat, als auch im Bezirkspersonalrat von vorher 16 auf nun 18 Sitze bei den Beamten erweitern können. Bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stellt die GdP in beiden Gremien drei von insgesamt vier Personalratsvertretern.

**Es gilt das demokratische Prinzip: Wer die Mehrheit hat, besitzt auch die größte Durchsetzungskraft für seine Ideen.**

Und damit konnten wir bereits vieles zum Positiven gestalten, an das wir erinnern möchten. – Beispiele gefällig?

ePlan: Nach zähen Verhandlungsrunden hat sich das Bundespolizeiprä-

sidium der GdP-Rechtsauffassung angeschlossen und Minusstunden nach Krankheit und Urlaub, die durch das ePlan-Update entstanden waren, untersagt.

Die Haushaltspolitiker haben auf unsere Forderungen reagiert: 7,5 Millionen Euro zusätzlich zweckgebunden für Bekleidung, weitere 7,5 Millionen Euro zusätzlich für Körperschutzausstattungen und Schutzwesten und zusätzliche 5 Millionen Euro für neue Einsatzfahrzeuge sollen die Arbeitsbedingungen verbessern.

Die Zahlung der Abnutzungsentschädigung für das Tragen von Zivilkleidung durch Tarifbeschäftigte in der Bundespolizei wurde weiterhin sichergestellt.

Außerdem war unsere Initiative für neue Bekleidung für unsere Fluggastkontrollkräfte erfolgreich. – Nach einem komplexen europaweiten Aus-





## DARÜBER DARF GESPROCHEN WERDEN ...

schreibungsverfahren wird nun in zwei Beschaffungsschritten die Dienstkleidung umgestellt.

Durch unseren Einsatz konnte in der Bundespolizei die ausufernde Personalabordnung zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gestoppt werden.

Wir konnten Rechtsklarheit und eine Nachzahlung beim Thema Zulagenregelung für den Bundespolizei-Flugdienst erreichen: Nachdem die Zahlung im Frühjahr 2013 eingestellt worden war, stellte das BMI auf unser Drängen Anfang 2014 fest, dass die Zulage rechtens ist.

Die Aufstiegschancen für Polizeiobermeisterinnen und Polizeiobermeister (POM) wurden erheblich verbessert: Durch die Änderung des § 16 der Laufbahnverordnung für die Bundespolizei (BPolLV) können Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte zu einem verkürz-

ten Aufstieg in den gehobenen Dienst der BPOL zugelassen werden, wenn ein dienstliches Bedürfnis besteht, sie noch nicht 57 Jahre alt sind, sich im Amt des POM drei Jahre bewährt haben, in den letzten beiden Beurteilungen überdurchschnittlich bewertet worden sind und erfolgreich an einem Auswahlverfahren teilgenommen haben. Die verfassungswidrige Altersgrenze von 45 Jahren und die Zulassungsvoraussetzung Polizeihauptmeisterin/Polizeihauptmeister sind weggefallen. Das neue Curriculum und die neuen Auswahlrichtlinien sollen laut BMI Anfang dieses Jahres bereits vorliegen. Wir haben vorgeschlagen, es (auch zum Zeitgewinn) bei den bisherigen Richtlinien zu belassen und zu den Auswahlverfahren aufzurufen, da sie sich faktisch an denselben Adressatenkreis wie bisher richten. Zudem machten wir gel-

tend, den Aufstieg heimatnah durchzuführen und eine Modularisierung zu prüfen, um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu bewirken. Der BPR wird mit dem Präsidium die Quotierung, wie sich das jährliche Verhältnis der Aufstiegsplätze zwischen Aufsteigern nach § 15 und nach § 16 BPolLV darstellen soll, in Kürze verhandeln.

**Doch damit ist noch lange nicht Schluss. Es gibt noch viel zu tun in der Bundespolizei, nämlich die Überlastung abzubauen und die Berufsattraktivität zu steigern. – Dafür werden wir uns mit allen gewerkschaftlichen und personalrätlichen Mitteln einsetzen. Als Organisation von rund 20 000 Kolleginnen und Kollegen allein in der Bundespolizei können wir unsere Aufgaben mit Selbstvertrauen angehen.**

## GEEHRT

Ende Januar 2015 ehrte der Vorsitzende der Kreisgruppe (KG) Flensburg der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Hans-Walter Kruppa (links), unseren Kollegen Dirk Hansen (rechts) in einem kleinen feierlichen Rahmen für 25 Jahre treue Mitgliedschaft in der GdP. In würdiger Atmosphäre überreichte der KG-Vorsitzende die Ehrenurkunde

sowie ein Präsent und übermittelte die besten Glückwünsche im Namen des GdP-Bundesvorsitzenden, des Vorsitzenden des GdP-Bezirks Bundespolizei und des Vorsitzenden der GdP-Direktionsgruppe Küste. Der Geehrte bekleidet auch mehrere Ämter in „seiner“ GdP. Er ist stellvertretender Vorsitzender der KG Flensburg, aber auch einer der



Foto: GdP

## KREISGRUPPE KIEL

**Ende November 2014 fand traditionell das Grünkohlessen der Kreisgruppe (KG) Kiel der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Eutin statt.**

Fast 30 Kolleginnen und Kollegen kamen in einem schönen Ambiente in Räumlichkeiten der Polizeidirektion Eutin zusammen und verbrachten einige tolle Stunden. Nach Begrüßung durch den KG-Vorsitzenden Dirk Stooß wurden die Kollegen Carsten Ballach zum 40. und Thomas Wulff zum 25. Gewerkschaftsjubiläum mit der Ehrenurkunde, einer Ehrennadel und einem Präsent geehrt. Beide Kollegen sind aktive Mitglieder, die im KG-Vorstand seit langer Zeit wichtige Funktionen überneh-

men und sich für unsere GdP im Speziellen einsetzen; so trägt Thomas Wulff als stellvertretender KG-Vorsitzender und Carsten Ballach als Kassierer in der KG Kiel Verantwortung.

Beiden Jubilaren wurden die Grüße und der Dank für ihre gewerkschaftliche Treue seitens des GdP-Bezirksvorsitzenden Jörg Radek übermittelt. Diesem Dank schließt sich auch das Redaktionsteam des Bezirksjournals ganz herzlich an. – Wir wünschen euch Gesundheit und Wohlergehen und danken für euer Engagement und eure langjährige Treue.

Ein gelungener Abend mit vielen Gesprächen zwischen „Jung“ und „Alt“, sofern diese Klassifizierung überhaupt noch so erfolgen kann.

DS

Schriftführer in der Direktionsgruppe Küste und er vertritt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Personalräten. Wir wünschen dir, lieber Dirk, alles erdenklich Gute, Gesundheit und Wohlergehen und danken dir auf diesem Weg nochmals für dein Engagement und deine langjährige gewerkschaftliche Treue. Diesen guten Wünschen und dem Dank für gewerkschaftliche Treue schließen sich auf diesem Weg an Dirk Hansen auch der GdP-Bezirksvorstand sowie das Redaktionsteam des Bezirksjournals recht herzlich an.

Dirk Stooß



**KREISGRUPPE FRANKFURT/MAIN**

**Über eine besondere Ehrung durften sich Mitglieder der Kreisgruppe (KG) Bundespolizeiinspektion (BPOLI) Frankfurt/Main der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Ende 2014 freuen.**

Galt es doch, zwei treue Mitglieder unserer GdP für insgesamt 110 Jahre Gewerkschaftsmitgliedschaft zu ehren. Für seine 50-jährige Mitgliedschaft wurde Hans-Jürgen Jacobi geehrt. Er begann seine berufliche Laufbahn Anfang Mai 1964 mit seiner Lehrzeit am Bahnhof Bad Kreuznach. Nach Abschluss seiner Ausbildung wurde er im Rangier- und Betriebsdienst des Bahnhofes Bingerbrück eingesetzt. Im November 1972 wechselte er zur Bahnpolizei und versah seinen Dienst bis zu seinem Eintritt in den Vorruhestand Anfang September 2006 auf dem Posten Bingerbrück sowie in der damaligen BPOLI Mainz. Besonders ist hervorzuheben, dass sich Hans-Jürgen Jacobi von Anfang seines Arbeitslebens an bis zu seiner Pensionierung immer gewerkschaftlich betätigte. Am 1. Juli 1964 trat er in



**Unsere Geehrten mit Vorstandsmitgliedern (v. l. n. r.): Hans-Jürgen Jacobi, Helmut Seibert, Hans Winter sowie Reiner Bieker.**

die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschland (GdED) ein. Er engagierte sich während seiner gesamten Dienstzeit in verschiedenen gewerkschaftlichen Funktionen. Von 1986 bis 1992 war er als ordentliches Mitglied im örtlichen Personalrat (ÖPR) des Bahnhofes (Bhf.) Bingerbrück und ab 1996 im ÖPR des damaligen Bundesgrenzschutzamtes Frankfurt am Main und als Ersatzmitglied im Bezirkspersonalrat des ehemaligen Präsidiums Mitte tätig. Des Weiteren war er auch von 1974 an 20 Jahre

lang in der Kommunalpolitik in seinem Heimatort Rüdesheim tätig.

Auf eine 60-jährige Mitgliedschaft in der Gewerkschaft darf Hans Winter ebenfalls mit Stolz zurückblicken. Der heute 75-jährige Jubilar trat zum 1. Juni 1954 in die GdED ein und wurde bei der Deutschen Bahn als Jungwerker am Bhf. Bad Schwalbach eingesetzt. Über die Fernschreibstelle Wiesbaden und den Fahrdienstleiterposten am Bhf. Kettenbach wechselte Hans Winter im Jahr 1967 zur Bahnpolizei wache Wiesbaden. Ab 1974 versah er seinen Dienst bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1999 bei der Bahnpolizei wache in Mainz. Hans Winter erfreut sich bester Gesundheit und hält sich mit Sport (u. a. Marathon) und Bergwandern fit. Außerdem liebt er seinen heimischen Garten, den er gerne hegt und pflegt. Der Vorsitzende der KG Frankfurt am Main, Helmut Seibert, sowie sein Vertreter Reiner Bieker dankten den beiden Jubilaren für ihre Treue und Verbundenheit zu ihrer GdP mit Dankurkunde, Ehrennadel und einem Geschenk ihrer Kreisgruppe. Dem Dank für ihre gewerkschaftliche

Treue schlossen sich auch der GdP-Bezirksvorstand sowie das Redaktionsteam des Bezirksjournals ganz herzlich an.

Und auf zu neuen Ufern ... – Reiner Bieker verlässt nach 30 Jahren die BPOLI Frankfurt am Main. So trat der stellvertretende Vorsitzende der GdP-Kreisgruppe und langjährige ÖPR der BPOLI Frankfurt am Main nach 30 Jahren Dienstzeit in Frankfurt am Main eine neue Aufgabe als Gruppenleiter beim Bundespolizeirevier Gießen an. „Ich gehe mit einem weinenden und einem lachenden Auge“, sagte Reiner Bieker bei seiner Verabschiedung durch die Kolleginnen und Kollegen „seiner“ GdP-Kreisgruppe im Rahmen einer Mitgliederversammlung. Er führte die KG seit ihrer Gründung im Jahr 2008 bis 2013 als deren Vorsitzender und war hier-



**Danke von Rainer zu Reiner: Rainer Willbrand (rechts) überreicht Reiner Bieker (links) ein Bild des Frankfurter Hauptbahnhofes mit vielen Unterschriften der Beschäftigten der Dienststelle.** **Fotos: GdP**

nach als Stellvertreter tätig. „Diese spannende und nicht immer leichte Zeit im Rahmen der Neuorganisation hat viel Spaß gemacht, aber auch Kraft gekostet.“ Helmut Seibert dankte als KG-Vorsitzender ihm herzlichst für seine Arbeit und vor allem für seinen unermüdlichen Einsatz in seinen gewerkschaftlichen und personalrätlichen Ämtern für die Beschäftigten unserer Organisation. „Danke zu sagen ist viel zu wenig, für all das, was du, lieber Reiner, für unsere Kreisgruppe geleistet hast,“ so Helmut Seibert in einer kleinen Ansprache. „Wir wünschen dir und deiner Familie alles Gute und hoffen, dass du uns immer in Erinnerung behältst.“ Reiner Bieker freut sich darauf, etwas Neues zu machen und vor allem seine schwierige familiäre Situation etwas entspannen zu können. Der KG Frankfurt am Main bleibe er weiterhin auf das Herzlichste verbunden, denn hier habe er viele Freunde gefunden. Auch durch seine Dienststelle wurde Reiner Bieker gebührend verabschiedet, und Rainer Willbrand – als Leiter der BPOLI – würdigte in seiner Ansprache anlässlich einer Personalversammlung im Beisein vieler Kolleginnen und Kollegen die jahrelange vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Reiner Bieker als Personalratsvorsitzender und schilderte anschaulich seinen Werdegang am Frankfurter Hauptbahnhof, an dem er 30 Jahre lang in verschiedenen Funktionen von der „alten Bahnpolizei“ über den Bundesgrenzschutz bis zur Bundespolizei seinen Dienst versah. **HS**

